

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postbestellungen und Postbestellungen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rückzahlung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wilsdruffer Tagesblatt Nr. 6
Kernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Rücktrittspruch ist für die Richtigkeit der Angaben einzeln zu prüfen. Jeder Rücktrittspruch ist für die Richtigkeit der Angaben einzeln zu prüfen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 238 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 11. Oktober 1933

Unter der Biermillionenlinie.

Zweieinviertel Jahr ist es her, als die so erschreckend hoch gestiegene Zahl der Arbeitslosen in Deutschland einmal wieder unter die Biermillionenlinie hinuntergegangen war. Das war Ende Juni 1931 gewesen, — doch schon ein paar Wochen später leitete der große Bankencrash eine neue Riesenwelle der Krise über das deutsche Land und trieb rasch auch wieder die Zahl der Erwerbslosen höher und immer höher. Jetzt aber kommt die amtliche Mitteilung, daß für Ende September 1933 jene Biermillionenlinie wieder unterschritten worden ist, und zwar noch mehr als damals im Jahre 1931. Heute sind auf der anderen Seite die Rissen für die Ende September d. J. wirklich Beschäftigten noch nicht festgestellt, doch geht man sicherlich mit der Vermutung nicht fehl, daß auch dort endlich die Zahl von 14 Millionen Beschäftigter erreicht worden ist. Denn seit Ende Januar 1933 ist die Arbeitslosenziffer um fast 2,2 Millionen zurückgegangen, während schon bis Ende August die Zahl der bei den Krankenkassen versicherten Beschäftigten um 2,3 Millionen gestiegen ist, und diesen Aufstieg auch im September nun erheblich fortgesetzt haben wird. Dadurch kommen wir nun in Deutschland sozusagen mit einem gewissen Anlauf in jene Zeit hinein, in der sich das saisonübliche Zurückgehen bei der deutschen Wirtschaft bemerkbar machen muß. Andererseits ist die Einstellung des Arbeitsmarktes erfreulicherweise gerade in jenen Wirtschaftskreisen eingetreten, die weniger einen saisonmäßigen als einen Konjunkturcharakter besitzen. Selbstverständlich ist die darin sich zeigende weitere Belebung dieser Gruppen in einem langsamen Tempo erfolgt, aber immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß dort eine Überhitzung der Temperatur nur zu Rückschlägen führen kann.

Nun ist freilich dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit — und das ist auch etwas Erfreuliches an ihm! — keineswegs auf Deutschland beschränkt, sondern hat sich, etwa seit der letzten Jahreswende, auch auf die wichtigsten Industriezweige der Welt ausgedehnt. Zahlenmäßig am stärksten ist dieser Rückgang in den Vereinigten Staaten gewesen, wo man behauptet, bis zum 1. Oktober d. J. drei Millionen Erwerbslose neu eingestellt zu haben; dann wurden freilich immer noch 10 Millionen Arbeitslose übrig bleiben! Bekanntlich wird aber in Amerika oft und laut darüber geklagt, daß sich die Mehrbeschäftigung in der Industrie keineswegs auch in einer entsprechend umfangreichen Neueinstellung von Arbeitskräften geltend gemacht habe. Das mag zutreffen.

In Deutschland liegen die Dinge aber anders. Wenn Ende August 1933 die Zahl der wirklich Beschäftigten gegenüber der Ziffer am gleichen Tage des Vorjahres um eine Million größer ist, so ist hinzuzufügen, daß die meisten von diesen neu eingestellten Arbeitskräften durch die Industrie aufgenommen worden sind, und man darf annehmen, daß es sich hier um die Mehrereinstellung von mindestens 800 000 Industriearbeitern und — angeheiligten handelt. Und das läßt wieder ohne weiteres darauf schließen, daß bei der Gütererzeugung in der deutschen Industrie ein sehr bemerklicher Anstieg erfolgt ist und weiter erfolgt. Dabei hat sich auch nicht vermeiden lassen, daß dort, wo früher die Arbeitszeit besonders stark verkürzt worden war, zunächst deren Verlängerung eingetreten ist, also ohne eine der Erzeugungs- und Absatzsteigerung entsprechende Mehrereinstellung neuer Kräfte.

Schließlich mögen noch einige Zahlen über einen besonderen Teil des Arbeitsmarktes genannt werden über den Umfang dessen nämlich, was man im weitesten Sinne als öffentlichen Arbeitsdienst bezeichnen darf: Es gibt 250 000 Arbeitsdienstwillige; in der Landhilfe waren Mitte August 156 000 Helfer beschäftigt, bei den Notstandsarbeiten 144 000 Arbeitskräfte; dazu treten etwa 70 000 Fürsorgearbeiter der Gemeinden, — insoweit also etwa 620 000 Köpfe, eine Zahl übrigens, die etwa doppelt so hoch ist wie im vergangenen Jahr.

Soweit nicht im Ausland die Politik allzu ungünstige Einflüsse auf die Urteilskraft gegenüber Deutschland ausübt, wird, wenn auch zögernd und immer noch verhältnismäßig selten, aber doch schon hier und da zugegeben, daß sich in der deutschen Wirtschaft eine verhältnismäßig stärkere Besserung vollzieht, als im allgemeinen sonst in den großen Industriezweigen der Welt.

Kaiserswerth Gedankflut der Hitlerjugend.

Am Freitag, 13. Oktober, wird der Reichsjugendführer Baldur von Schirach die alte Barbarossaflagge in Kaiserswerth zur Gedankflut der gesamten deutschen Hitlerjugend weihen und auf ihrer höchsten Mauer die ewige Schlageterflamme entzünden. Eine Stafette von Hitlerjugenden wird vom Schlagetermal auf der Goltzheimer Heide das Feuer zur Entzündung der Ewigen Flamme nach Kaiserswerth bringen.

Minderheitenentschließung angenommen

Deutschland lehnt wesentlichen Teil ab.

Der Politische Ausschuss der Völkerverversammlung hat die große Aussprache über die Minderheiten- und Judenfrage abgeschlossen. Entsprechend dem Vorschlag des Unter Ausschusses wurde die französische Entschlüsselung angenommen. Die deutsche Abordnung stimmte dem ersten und dritten Teil zu, lehnte aber den entscheidenden, allein gegen Deutschland gerichteten Teil ab. Im ersten Teil heißt es u. a.:

Die Völkerverversammlung des Völkerbundes übernimmt die grundsätzlichen Empfehlungen zum Minderheitenschutz und spricht die Hoffnung aus, daß die gegenüber dem Völkerbund durch keinerlei zusätzliche Verpflichtungen auf dem Minderheitengebiet gebundenen Staaten dennoch gegenüber ihren Minderheiten der Rasse, der Religion und der Sprache den gleichen Grad von Gerechtigkeit und Duldsamkeit anwenden, der in den Minderheitenschutzverträgen und in der gesamten Haltung des Völkerbundes gefordert wird.

Im zweiten Teil heißt es: Die Völkerverversammlung ist der Ansicht, daß sich der im ersten Teil zum Ausdruck gebrachte Grundsatz ausnahmslos auf

sämtliche Kategorien von Staatsangehörigen zu beziehen hat, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung durch Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden.

In der Schlussberatung gab der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, eine Erklärung ab, in der er ausführte: Die deutsche Abordnung ist der Ansicht, daß der Anwendungsbereich der Entschlüsselung sich auf die eigentlichen Minderheiten zu beschränken hat. Aus den einschlägigen Verhandlungen im Politischen Ausschuss und in seinem Unter Ausschuss hat sich aber ergeben, daß mit der Entschlüsselung in der Hauptsache bezweckt wird, die Behandlung der Juden in Deutschland in den Anwendungsbereich der ersten Entschlüsselung einzubeziehen. Dieses widerspricht der grundsätzlichen Auffassung der deutschen Abordnung. Die Frage fällt in den Bereich der inneren Gesetzgebung Deutschlands. In der Schlussaussprache wird die deutsche Abordnung gleichfalls den zweiten Teil der vom Ausschuss angenommenen Entschlüsselung ablehnen. Sämtliche übrigen Mächte haben der Entschlüsselung zugestimmt.

Gegen Aufrüstung Deutschlands

Ergebnis des französischen Ministerrats.

Die französischen Minister sind zu einem Kabinettsrat zusammengetreten, der in der Hauptsache durch den Bericht des Ministerpräsidenten Daladier über den Stand der Genfer Verhandlungen ausgefüllt war. Daladier wiederholte seinen Ministerkollegen die Aufstellungen, die er dem französischen Außenminister erteilt hat und die darauf hinzielen, daß er sich genau an die Abmachungen halten soll, die in Paris zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Amerikas getroffen worden seien. In der amtlichen Verlautbarung wird darauf hingewiesen, daß die Minister den Ausführungen Daladiers rückhaltlos zugestimmt hätten. — In politischen Kreisen betont man ergänzend, daß das Ziel Frankreichs jetzt die „Gleichberechtigung in der Sicherheit“ sei. Daladier habe während der Beratungen darauf hingewiesen, daß das angebliche deutsche Mandat, das darauf hinausläufe, die französisch-amerikanisch-englische Einheitsfront aufzulösen, geächtet sei. London sehe ebenso wie Paris jeder Aufrüstung Deutschlands ablehnend gegenüber.

Unterredung v. Hoersch-Simon.

Der deutsche Vizekanzler in London, von Hoersch, stattete dem englischen Außenminister Simon einen Besuch ab. Der Besuch fand auf persönliche Anregung von Sir John Simon statt. Er unterrichtete ihn davon, daß die englische Regierung die deutschen Bemerkungen zur Abrüstungsfrage erwogen habe. Es schloß sich an diese Mitteilung eine Unterredung über die jetzt zur Erörterung stehenden Abrüstungsfragen an. Die Aussichten, Frankreich schon zu einleitenden Abrüstungsmassnahmen während der Übergangszeit als einer Verweigerung des guten Willens überreden zu können, sind nach englischer Auffassung ziemlich hoffnungslos. Mit großer Vorsicht wird indessen an der Auffassung festgehalten, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands in der Form, daß man ihm Musterwaffen zugehen sollte, nicht gangbar sei. Man legt Deutschland nahe, jetzt noch einmal die Lage zu retten, indem seine verantwortlichen Führer einen praktischen Beweis für die deutsche Friedensliebe geben und diese Forderung zurückstellen sollen (!).

Die Amerikaner vermitteln.

Unterredungen Radolnys mit Davis und Paul-Boncour. Vizekanzler Radolny hatte Einzelunterredungen mit Norman Davis, Paul-Boncour und dem italienischen Marquis Soraqna. Die Unterredungen mit Norman Davis und Paul-Boncour waren von längerer Dauer und haben nach deutschen Mitteilungen wesentlich dazu beigetragen, daß der grundsätzliche deutsche Standpunkt von neuem den Vertretern der amerikanischen und französischen Regierung in allen Einzelheiten dargelegt werden konnte. In unterrichteten Kreisen besteht der Eindruck, daß die amerikanischen Vertreter sich gegenwärtig weitgehend in die Verhandlungen eingeschaltet haben und eine von allen Seiten beachtete Vermittlerrolle aus-

üben. So sollen Bemühungen im Gange sein, eine auch für Deutschland tragbare Lösung der Fragen der Kontrolle und der Militärzufahrt zu finden.

„Europa, erwache!“

Italienischer Mahner an die Völker Europas. Der Direktor der „Tribuna“ und Mitglied des Großen Nationalen Rates, Forges Davanzati, schreibt unter dem Titel „Europa, erwache!“ einen Artikel, der im Grunde nur eine Beschwörung Deutschlands darstellt. Man dürfe gegenwart und Zukunft Europas nicht an die Ausrottung mit schweren Kanonen, Panzerwagen oder Jagdgeschwadern knüpfen. Die wahre und größere Gleichberechtigung Deutschlands sei die, daß das antimilitaristische und antipolitikistische Dritte Reich berufen werde, gemeinsam mit den europäischen Großmächten zu handeln. Die Abrüstung sei zweifellos die Tatsache, auf die sich eine Verständigungspolitik zu führen habe. Aber es sei auch wahr, daß Ablicht und Vertiefung einer verständlichen Politik im Sinne des Viererpaktes die unerlässliche Voraussetzung jeder Rüstungsverminderung darstelle. Europa habe eine tiefe Prüfung seines Gewissens nötig. Wenn man den fürchterlichen Geburtenrückgang der europäischen Kulturstaaten und auch in den Vereinigten Staaten betrachte, und gleichzeitig lese, daß Japan mit einem immer noch unerhörten Geburtenkoeffizienten einen jährlichen Zuwachs von über einer Million verzeichne, so komme man zur Überlegung, ob es nicht eine der tragischen Seiten der abendlichen Kurzsichtigkeit sei, zu glauben, Rang und Kraft der Staaten könnten in Gegenwart und Zukunft unwiderruflich bestimmt werden nur durch eine Differenz in der Bewaffnung mit schwerer Artillerie oder Tanks oder Bombenflugzeugen.

Die Folge einer Hehlüge.

Schweizerische Aufrüstung gegen „deutschen Durchmarsch“. Der Schweizerische Nationalrat bewilligte einen Kredit von 20 Millionen Franken. 15 Millionen Franken sind zur Erweiterung der militärischen Materialreserven bestimmt. Bei der Aussprache wies das liberale Mitglied de Murali (Basel) auf die jüngsten Pressemeldungen hin, daß „der deutsche Generalstab einen

Durchmarsch durch den Schweizer Jura“ plane, um im Kriegsfall schnell nach Frankreich vorzudringen zu können.

Bundesrat Minger, der Chef des Militärdepartements, erklärte, die Meldungen entbehrten nicht einer „gewissen Sensation“. Es sei „selbstverständlich klar“, daß die Nachbarn der Schweiz ihre Lage und die Verhältnisse des Landes bei ihren Aufmarschplänen mit in Berechnung zögen. Die Öffentlichkeit möge die Ruhe bewahren gegenüber solchen Meldungen, die „nicht besonders Neues“ befägen. Der Bundesrat werde demnächst dem Parlament noch eine weitere Vorlage zur Be-